

Stadtrat und Gemeinderat bestätigen:

Zürich, 20. September 2023

Linke Politik führt ins Elend

Die Linken haben die gescheiterte Energiestrategie nur mittels einer Lüge dem Volk aufbinden können. Die damals zuständige linke Bundesrätin Doris Leuthard versprach hoch und heilig, dass die Mehrkosten marginal sein werden: «Sie können auf diese 40, 42 Franken vertrauen.» (Quelle: SRF, 21.05.2017). Die SVP hingegen warnte vor explodierenden Energiekosten. Mit der Energiekostenzulage bestätigen nun auch der linke Stadtrat und Gemeinderat die Befürchtungen der SVP.

Scheitert ein System, rufen viele nach Hilfe. Es ist tatsächlich ungerecht, dass der einfache Mittelstand wegen den Linken finanziell zermahlen wird. Die Krankenkassenprämien sind eine staatliche Zwangsabgabe und auch dieses Jahr droht wieder ein Prämien-Schock. Die damals zuständige SP-Bundesrätin Ruth Dreifuss versprach, dass die Prämien sinken würden. Unterdessen sind diese aber um 230 Prozent gestiegen. Je nach Zusammensetzung zahlt heute eine Familie jährlich zwischen 8000 bis 13'000 Franken oder gar mehr ein. Auch die Energiekosten explodieren aufgrund falscher staatlicher Eingriffe. Die Liste der hausgemachten Probleme durch linke Politik ist lang.

Linke Politik macht arm

Es klingt wie ein schlechter Witz: Der gleiche Stadtrat, der ohne Not überhastet aus der fossilen und atomaren Energie aussteigen will, zahlt nun mit der Energiekostenzulage pro Haushalt bis zu 1500 Franken oder mehr an die Gas- oder Öl-Rechnung. Auch bei den Mieten richtet die linke Politik ein Chaos sondergleichen an. Im letzten Jahr sind über 180'000 Personen zusätzlich in unser bereits dichtbesiedeltes Land eingewandert. Es ist keine Überraschung, dass durch diese Verknappung auf dem Wohnungsmarkt die Mieten massiv ansteigen. In der Stadt Zürich beträgt die Leerwohnungsziffer nur noch gerade 0,06 Prozent. Seit Einführung der Personenfreizügigkeit sind die Mieten in der Stadt Zürich um 25 Prozent in die Höhe geschossen.

Mieter kommen unter Druck

Auch die linke Klima-Politik ist gefährlich für den sozialen Frieden. Der Tages-Anzeiger schreibt am 29. September 2021:

«Mieterverband befürchtet Massenkündigungen in Zürich wegen Energiegesetz. Dass die Furcht vor Leerkündigungen nicht aus der Luft gegriffen ist, zeigt eine Studie des unabhängigen Forschungs- und Beratungsunternehmens Infrac im Auftrag der Stadt.

Unter dem Titel «Netto null Treibhausgase in der Stadt Zürich: Auswirkungen auf Mieterinnen und Mieter» stellt die Studie fest, dass rund 80'000 private Mietwohnungen in der Stadt Zürich bis 2040 eine neue Heizanlage brauchen, wenn bis dann das Netto-null-Ziel erreicht sein soll. Bei rund der Hälfte dürfte es zu Leerkündigungen kommen, mit zum Teil «starken Mietzinserhöhungen», wie es in der Studie heisst.»

Durch die linke Klima-Politik drohen allein in der Stadt Zürich 40'000 Haushalten die Leerkündigung und markant höhere Mieten. Steigende Krankenkassenprämien, steigende Preise, steigende Mieten, steigende Energiekosten – der Mittelstand wird zermahlen. All diese Probleme sind hausgemacht und überall ist die Ursache eine linke Politik. Wer genug davon hat, wählt am 22. Oktober die Linken ab!

Für Rückfragen

Fraktionspräsident Samuel Balsiger: 076 241 75 76